Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 104. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 3. März 1903.

Schwüle Stimmung.

Durch die deutschen Lande zieht es gegenwärtig wie Gewitterschwüle. Der Vorstoß, den das Zentrum nicht nur in Bayern und Baden auf der ganzen Linie, zum Teil siegreich, unternommen hat, die Konziliancz, mit der sich die Reichsregierung bemüht, den Wünschen der „ausschlaggebenden Partei" entgegenzukommen und die politisch-kirchlichen Stellen jenseits der Berge, der Alpen, als wohlberechtigte Faktoren bei der Regelung konfessioneller Angelegenheiten im protestantischen Deutschen Reiche zu betrachten, beginnt allmählich selbst diejenigen Kreise zu beunruhigen, die sonst auf konfessionellem Gebiet weitgehendster Freiheit Raum gönnen, und voll Besorgnis fängt man an zu fragen, wohin es noch führen soll, wenn auch weiterhin die weltlichen Mächte vor den klerikalen Machtbestrebungen derart zurückweichen. Kaum jemals, seit das Reich neu errichtet wurde, hat das Zentrum und der mit ihm aufs innigste verbundene Ultramontanismus so dominiert, wie es gegenwärtig der Fall ist und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß der Vorstoß in Bayern nur eine Art Vorspiel war für das, was das Zentrum auch im Reiche zu erringen strebt.

Das Anathema, das der Bischof Korum von Trier unlängst gegen die katholischen Eltern geschleudert hat, die ihre Kinder in staatliche Schulen schicken, solange diese Schulen nicht unter der Leitung des Klerus stehen, ist der beste Beweis dafür. Es ist eine Art Szenenprobe, ein Versuch, die Stimmung zu erkunden, die von ihr ausgeht, und leider kann bisher nicht konstatiert werden, daß die zunächst maßgebenden Stellen solchen den konfessionellen Frieden in hohem Maße gefährdenden Experimenten mit derjenigen Energie entgegengetreten sind, die ebenso notwendig wie wünschenswert erscheint. Zwar hat der Ministerpräsident gestern im Preußischen Landtag seinem Bedauern über das plötzliche Vorgehen des Trierer Bischofs Ausdruck gegeben und hat erklärt, die Staatsregierung erwarte und habe dies auch der päpstlichen Kurie wissen lassen, daß die Verfügung des Bischofs Korum zurückgenommen werde, aber was will diese milde Art von Rektifikation bedeuten gegenüber der Verhöhnung staatlicher Einrichtungen, als die sich das bischöfliche Anathema charakterisiert. Man merkt daraus zu deutlich das Bestreben der Regierung, es mit der ausschlaggebenden Partei nicht zu verderben, und wenn auch der Kultusminister etwas kräftigere Worte fand und betonte, die Unterrichtsverwaltung müsse es mit aller Schärfe grundsätzlich ablehnen, die paritätischen Schulen an sich als unzulässig und das Seelenheil gefährdend zu betrachten, so wird der Eindruck, den diese Worte vielleicht hätten machen können, vollständig verwischt durch die Tatsache, daß die Staatsregierung auch in dieser internsten aller preußischen Schulfragen den Weg über Rom eingeschlagen hat, statt Herrn Korum, dem kampflüsternsten aller in Deutschland amtierenden Bischöfe, begreiflich zu machen, daß in Preußen vorläufig noch weltliche Mächte regieren und die Respektierung ihrer Einrichtungen und Veranstaltungen als von Staats wegen fordern müssen.

Aber nach Rom geht ja seit Jahr und Tag schon der Zug der deutschen und damit natürlich auch der preußischen Regierung. In kirchlichen Dingen geschieht nichts mehr, ohne vorher beim Vatikan anzufragen und man kann der Kurie den Triumph wohl nachfühlen, den sie empfand, als jüngst der Papst mit Genugtuung konstatieren konnte, daß er jetzt wie in politischen so auch in kirchlichen Dingen mit dem deutschen Kaiser übereinstimme. Das hat Leo XIII., trotzdem er den Beinamen des Friedenspapstes führt, wohl noch von keinem anderen Monarchen, der so, wie der deutsche Kaiser, mit der Politik seines Landes identifiziert werden kann, zu konstatieren vermocht. Nach Rom ziehen nicht nur Monarchen und Monarchensöhne, nicht nur Prinzen und Prinzengemahlinnen, nach Rom ziehen auch deutsche Unterhändler, wenn es gilt, konfessionelle Lehrstühle an deutschen Universitäten zu errichten und der freien Forschung den Boden abzugraben, nach Rom zieht der deutsche Diplomat, um den Papst als Schiedsrichter anzurufen und nach Rom zieht endlich auch der Staatsmann, wenn er den Wunsch hegt, das Zentrum irgend einer Vorlage der Regierung gefügiger zu machen. Graf Bülow soll das in puncto des Zolltarifs getan haben, das ist bisher unwidersprochen geblieben, dafür kam aber auch aus Rom etwas zu uns oder soll nach der Erklärung des Kanzlers etwas zu uns kommen, die Jesuiten nämlich, deren Repatriierung seit Jahren schon die fortgesetzten Bemühungen des Zentrums gewidmet sind. Vermögen diese Herrschaften, die ja trotz des Jesuitengesetzes ungehindert bei uns ein- und ausgehen und wirken, heutzutage auch bei weitem nicht mehr so unheilvoll zu wirken, wie es früher der Fall gewesen sein mag, so ist das Zugeständnis, das der Reichskanzler mit der von ihm beim Bundesrat beantragten Aufhebung des Gesetzes dem Zentrum machen will, außerordentlich bezeichnend für das Verhältnis zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan, und es läßt sich verstehen, wenn es sich allmählich wie ein Druck auf die Gemüter legt und die Frage, wohin das noch führen soll, immer lauter erhoben wird. Aus dieser Stimmung heraus läßt sich auch der Aufruf begreifen, den soeben der Centralvorstand des Evangelischen Bundes verbreitet, ein Aufruf, der sich an die deutschen Wähler wendet und ihnen nahelegt, sich bei der demnächstigen Ausübung ihres Wahlrechts die ausschlaggebende Stellung und den Einfluß gegenwärtig zu halten, den der Ultramontanismus sich in Deutschland erworben hat. „Die Regierungen müssen sich," so heißt es im Aufruf, „auf die politischen Vertretungen des Volkes stützen; ihre Ohnmacht gegen Rom beruht auf der Macht Roms im deutschen Parlamente. Da mache denn jeder überzeugte evangelische Christ als Wähler von seinem christlichen und evangelischen Rechte Gebrauch und fordere, ehe er einem Bewerber seine Stimme gibt, eine klare Aussprache von ihm über seine Stellung gegenüber den Anforderungen des Ultramontanismus. Kein evangelisches Zentrum wollen wir. Wohl aber dürfen wir im Deutschen Reiche, das zu zwei Dritteln evangelisch ist, den Anspruch erheben, daß die Rücksicht auf die religiösen Interessen der Mehrheit nicht dem Ultramontanismus und der Befriedigung seiner Wünsche geopfert werde."

Der Aufruf wird, davon sind wir überzeugt und das hoffen wir, manchen säumigen Wähler an die Urne treiben, und wenn auch nicht zu wünschen ist, daß Glaubenssachen und Glaubensfragen in die Wahlen hineingetragen werden, so sollte der stetig wachsende Einfluß des Zentrums doch mit bestimmend sein für deren Ausfall. Unter solchem Einfluß ist ein freies Entfalten der im Volke ruhenden ideellen und geistigen Güter nicht möglich, das hat man sogar schon in Bayern erkannt, dem Lande, das sich dem Ultramontanismus jetzt mit Haut und Haaren fast ausgeliefert sieht. Die Stimmung in München ist, wie aus einem nach Halle gelangten Privatbriefe hervorgeht, derart schwül und niedergedrückt, wie es bisher nie der Fall gewesen, und selbst in der bayerischen Hauptstadt frägt man sich, wo das noch hinaus soll. Dies und die Vorgänge in Kreuznach und München-Gladbach, wo katholische Pfarrer in die Kerbe des Bischofs Korum schlugen, sind Anzeichen, die Graf Bülow nicht übersehen sollte. Ebenso lastet in Baden die Klosterfrage noch auf allen Gemütern, die aufotmen werden, wenn es sich, wie soeben gemeldet wird, bestätigt, daß es dem Heidelberger Professor Kuno Fischer gelungen sei, den Großherzog von der gefährlichen Rückwirkung eines Nachgebens in dieser Angelegenheit zu überzeugen. Man mag hinschauen und hinhören, wohin man will, überall ist der Eindruck derselbe, überall findet man Beweise, wie sehr Graf Bülow irrt, wenn er die gegenwärtige Stimmung mit einem Wetterleuchten nach dem Sturme vergleicht. Nein, der Sturm droht erst zu kommen, daran ist gar kein Zweifel, und wenn er kommt, dann trifft, im Gegensatz zum Reichskanzler, die Regierung sehr wohl die Schuld, denn sie hat ihn heraufbeschworen durch ihre Nachgiebigkeit und durch ihre do ut des-Politik dem Zentrum gegenüber. „Die Regierung muß über den Parteien stehen," erklärte der Ministerpräsident gestern, „sie kann zeitweise mit einer Partei regieren, kann und darf sich aber nicht von einer Partei regieren lassen." Leider hat Graf Bülow, seit er die Geschäfte der Regierung leitet, Anfang und Ende dieses Programms nie beachtet, und es bleibt nur zu wünschen, daß er sich dieses Fehlers bewußt wird, ehe es für ihn zu spät ist. Sch.

Deutsches Reich.

Die „deutsche Gefahr" in Brasilien.

Der Pariser Korrespondent der „Times" hat es für gut befunden, in seinem deutschfresserischen Blatte „Enthüllungen" über deutsche Pläne in Brasilien zu machen; seine genaue Kenntnis deutscher Verhältnisse bewies er dadurch, daß er den Direktor des Norddeutschen Lloyd in Bremen, Dr. Wiegand, zum Direktor des Kolonialamtes in Berlin ernannte. Diese Unwissenheit ist nicht sowohl lächerlich, als vielmehr verdächtig. Selbst wenn man annehmen wollte, daß der Mitarbeiter der „Times" in Paris so schlecht über deutsche Verhältnisse unterrichtet ist, so ist man doch in London sicherlich besser unterrichtet, und die „Times" brauchte diesen haarsträubenden Unsinn nicht abzudrucken. Derartige Artikel sind aber garnicht für das leidlich gut unterrichtete englische Publikum bestimmt, sondern sie sind zum Abdruck in der überseeischen Presse und zur Verhetzung des reichlich unwissenden Lesepublikums dieser Zeitung bestimmt und da kommt es auf eine Hand voll Lügen nicht weiter an.

Daß diese Hetzereien gerade jetzt auf einen günstigen Boden fallen, geht schon daraus hervor, daß das deutsche Einschreiten in Venezuela zwar das Ansehen Deutschlands wegen dieses energischen Vorgehens stärkte, aber andererseits das durch die Tätigkeit englischer und amerikanischer Hetzblätter längst vorhandene Mißtrauen gegen Deutschlands Absichten noch steigert. Wie mißtrauisch gegen Deutschland man speziell in Brasilien ist, ergibt sich aus einem Berichte der „Welt-Korrespondenz" vom Januar d. J., in dem es heißt:

„Das Ende des vorigen Jahres brachte zur Abwechslung wieder einmal eine Deutschenhetze; der „perigo allemão" spukt und wird wohl noch lange im wunden Hirn der Jakobiner spuken. Man benutzte diese Hetze, um ein Gesetz betreffend Ausweisung von Ausländern einzubringen, wie es drakonischer gar nicht gedacht werden kann. Diese der Einwanderung, speziell von deutschen Elementen, feindliche Stimmung waltet schon seit geraumer Zeit vor. Wenigstens geht dies aus der Aeußerung einer hohen politischen Persönlichkeit hervor, welche erklärt haben soll, daß genug Einwanderer hier seien und daß überhaupt regierungsseitig keine Einwanderung gewünscht würde. Ueberhaupt waltet gerade in Süd-Brasilien eine spezifisch deutschfeindliche Gesinnung ob. Als der deutsche Gesandte im Frühsommer des vergangenen Jahres Porto Alegre besuchte, wurde er zwar von den Behörden mit großer Zuvorkommenheit behandelt, aber in der Menge fielen Aeußerungen wie: „Jetzt werden die Allemaes wieder frech werden."

Woher diese Abneigung? Einmal aus dem Empfinden, das so häufig den Grund von Abneigung bildet: dem Neid. Trotz der dank Korruption und Mißwirtschaft manchmal recht kritischen Lage Brasiliens haben sich die Deutschen infolge ihres Fleißes zu leidlichem Wohlstande emporgeschwungen. Auch ihr politisches Selbstgefühl ist Hand in Hand mit ihrem materiellen Gedeihen gestiegen. Kein verständiger Mensch wird es den wackeren Deutschen Süd-Brasiliens übelnehmen können, daß sie sich bemühen, durch Anteilnahme am politischen Leben eine gesundere und ehrlichere Staatsverwaltung herbeiführen zu helfen, was ja nicht nur in ihrem ideellen, sondern auch in ihrem materiellen Interesse liegt. Selbstverständlich hat diese politische Betätigung nicht das mindeste mit irgendwelchen Absichten auf Losreißung brasilianischer Staatsgebiete von der Föderation zu tun, Absichten, die bei den Deutschen in Brasilien genau so wenig vorhanden sind, wie im Deutschen Reiche. Das alles weiß natürlich die „Times" ganz genau, aber sie arbeitet ebenso wie manche nordamerikanische Hetzblätter, fortgesetzt daran, den luso-brasilianischen Hochmut und die nativistische Abneigung gegen Deutschland kunstgerecht auszuschlachten. Man könnte darüber lachen, wenn nicht einerseits die deutsche überseeische Politik, und andererseits auch unsere wackeren Landsleute jenseits des Ozeans darunter zu leiden hätten. •

Politisches.

* Der von verschiedenen Seiten so oft angekündigte Besuch Kaiser Wilhelms in Kopenhagen am 8. April aus Anlaß des 85. Geburtstages König Christians scheint aufgegeben zu sein. In unterrichteten Kreisen Kopenhagens sah man, wie der „Voss. Ztg." geschrieben wird, einen Kaiserbesuch zu dem genannten Tage immer schon als sehr zweifelhaft an, und das Eintreffen des Cumberlandschen Herzogspaares zu mehrmonatigem Besuche am dänischen Hofe kann als eine Bestätigung dieser Auffassung gelten, sofern man davon ausgehen kann, daß eine Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Herzog von Cumberland auf dänischem Boden weder beabsichtigt noch erwünscht ist. Uebrigens treffen zum Geburtstage des Königs weder der Kaiser von Rußland noch König Eduard von England ein, sondern nur die russische Zarin-Witwe und Königin Alexandra. Im Laufe des Sommers aber werden sowohl der Zar wie auch König Eduard längere Zeit in Kopenhagen Aufenthalt nehmen, und ein gleichzeitiger Besuch Kaiser Wilhelms dort oder auf Fredensborg gilt als wahrscheinlich. Jedenfalls müßte vor den deutschen Kaisermanövern in Kopenhagen noch deutscher Besuch eintreffen, wenn man damit rechnen wollte, daß der dänische Kronprinz der Einladung zur Teilnahme an den Manövern entspreche, nachdem er erst kürzlich dem deutschen Kaiserpaare in Berlin einen Besuch abstattete.

* Den Inhalt des Schreibens des Prinzregenten Luitpold an den Minister v. Crailsheim haben wir bereits mitgeteilt. Dazu wird noch aus München gemeldet:

Der Prinzregent übersandte das Handschreiben dem Grafen Crailsheim durch seinen Flügeladjutanten Ritter v. Reichreiter. In den Hofkreisen wird dieser Schritt des Regenten aufs lebhafteste besprochen, da er gerade vom Standpunkte der höfischen Tradition außergewöhnlich erscheint, nachdem doch schon Crailsheims Entlassungsgesuch durch Handschreiben angenommen worden war. Die besondere Form der Ehrung ist offenbar auch deshalb gewählt worden, weil eine andere Verwendung des Grafen im Staatsdienste, nach seinem bisherigen Range, ausgeschlossen und eine Dekoration unmöglich war, da er die höchsten bayerischen Orden längst besitzt. Auch die Verleihung einer Hofwürde konnte nicht in Frage kommen, da die sogenannten Kronämter, um die allein es sich hätte handeln können, während der Regentschaft nicht neu besetzt werden.

Das Schreiben sowohl wie die ehrende Ueberreichung erwecken fast den Eindruck, als ob der Prinzregent Bedauern empfände über seinen vielleicht nicht freiwilligen Schritt, den Minister zu entlassen.

Volkswirtschaftliches.

* Der Bundesrat hat eine neue Zollordnung für Kaiser Wilhelm-Kanal erlassen.

Kirche und Schule.

* Interessant ist die Tatsache, daß der Etat des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft auf das Jahr 1903 für ländliche Fortbildungsschulen die bescheidene Summe von 135,000 Mark verlangt, während der Dispositionsfond zu Prämien bei Pferderennen 231,000 M. beträgt. Letztere Summe erfährt 1903 noch eine außerordentliche Zuwendung von 250,000 M., die damit gerechtfertigt wird, daß die Einnahmen aus dem Totalisator und den Eintrittsgeldern im Jahre 1902 sehr zurückgegangen seien, sodaß die Rennvereine eine solche besondere Gabe notwendig gebrauchen. Der Betrag, welcher für ländliche Fortbildungsschulen in Frage kommt, ist für das große Preußen beschämend klein, aber trotzdem ist zu fürchten, daß das Ministerium seine liebe Not haben wird, auch nur diese Summe in geeigneter Weise zu verwenden. Die Liebe der maßgebenden Kreise auf dem platten Lande für Hebung der Volksbildung durch Fortbildungsschulen ist in einzelnen Provinzen Preußens sehr gering, was schon aus der Tatsache folgt, daß es bekanntlich Provinzen gibt, die noch gar keine solcher Schulen haben. Im Ministerium schreibt man sich die Finger wund — aber geholfen hat es wenig, blutwenig. Helfen kann nur der Zwang.

* Die Verstaatlichung sämtlicher Präparandenanstalten und ihre Angliederung an die Seminare war von der „Preußischen Lehrerzeitung" angekündigt worden. Der Regierungsvertreter hat bereits in der Budgetkommission diese Meldung dementiert. Wie die „Nordd. Allg. Ztg." jetzt noch hervorhebt, ist die Entstehung der falschen Nachricht vielleicht darauf zurückzuführen, daß die Unterrichtsverwaltung seit einiger Zeit bemüht ist, die vorhandenen und einem Bedürfnis entsprechenden nicht staatlichen Präparandenanstalten (städtische Seminar- und eigentliche Privatpräparandenanstalten) nach Maßgabe des neuen Lehrplanes vom 1. Juli 1901 einzurichten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030303028/fragment/page=0001

und auszugestalten, damit eine gleichmäßige Ausbildung aller Zöglinge für die Seminare erreicht wird.

* Wie schon mitgeteilt, hatte man innerhalb der Regierung mit der Beantwortung der nationalliberalen Interpellation in Sachen des Bischofs Korum warten wollen, bis aus Rom Nachrichten über die Ergebnisse der vermittelnden Tätigkeit des Fürstbischofs Kopp vorlagen. Diese sind jetzt eingetroffen; die „Tägl. Rundschau" meldet:

Kardinal Kopp überzeugte die Kurie, daß das Vorgehen Korums im Augenblick inopportun sei, worauf entsprechende Anweisungen des Vatikans nach Deutschland abgingen.

Im Augenblick! Das genügt.

Parteinachrichten.

* **Das Wahlkartell in Sachen für die Reichstagswahlen** ist auf folgender Grundlage abgeschlossen worden:

Als Besitzstand der Konservativen werden die gegenwärtig durch Konservative vertretenen 5 Wahlkreise Löbau, Freiberg, Oschatz-Grimma, Borna und Plauen-Oelsnitz; als Besitzstand der Nationalliberalen die drei in nationalliberalem Besitz befindlichen Wahlkreise Leipzig-Stadt, Rochlitz-Flöha und Annaberg; als Besitzstand der Antisemiten die drei von den Antisemiten Gräfe, Göbel und Lotze vertretenen Wahlkreise Bautzen, Meißen und Pirna anerkannt. Die übrigen 12 sächsischen Wahlkreise, die gegenwärtig von Sozialdemokraten vertreten werden, wollen die drei Kartellparteien, wie folgt, unter sich verteilen: Als Besitzstand der Nationalliberalen sieht der Kartellvertrag den durch den Sozialdemokraten Fischer vertretenen Wahlkreis Zittau, als Besitzstand der Konservativen den durch den Sozialdemokraten Rosenow vertretenen Wahlkreis Marienberg an. Ferner erkennt der Kartellvertrag die Aufstellung eines konservativen Kandidaten für Dresden rechts der Elbe, eines Antisemiten in Dresden links der Elbe an. Als sogen. Gegenleistung für die Nationalliberalen betrachtet der Kartellvertrag, daß diesen der Landtagswahlkreis Dresden-Friedrichstadt zugewiesen ist. In den übrigen acht sächsischen Wahlkreisen behält der Kartellvertrag ein Vorschlagsrecht bis zum 31. März vor, den Konservativen in den beiden Wahlkreisen Dresden-Altstadt-Pirna und Auerbach, den Nationalliberalen in den drei Wahlkreisen Leipzig-Land, Chemnitz und Glauchau, und dem Bund der Landwirte in den beiden Wahlkreisen Zwickau und Stollberg. Von dem Kartellvertrag ausgenommen, weil „über den Besitzstand völlige Uebereinstimmung nicht zu erzielen war," ist der Wahlkreis Döbeln-Nossen, der nach dem Tode des nationalliberalen Abg. Lehr in dieser Legislaturperiode an die Sozialdemokraten verloren ging. Hier legt der Kartellvertrag den Kartellparteien die Verpflichtung auf, denjenigen Kandidaten tatkräftig zu unterstützen, der mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt.

Die „Nationalztg" sieht in dem neuen sächsischen Wahlkartell gegenüber denjenigen von 1899 eine weitere Verschiebung des Schwergewichts nach rechts. Wie uns unser ⊙ Korrespondent aus Leipzig schreibt, hat sich der Vorstand des Jungnationalliberalen Vereins mit aller Entschiedenheit gegen den Abschluß des Kartells der Ordnungsparteien ausgesprochen. Die Kartellpolitik habe der nationalliberalen Partei schon die größte Einbuße an Teilnahme in den Wählerkreisen gebracht, und das werde jetzt noch schlimmer werden. Der Kartellabschluß für ein ganzes Land könne nur als außerordentliches Mittel unter außerordentlichen Verhältnissen gebilligt werden, wenn, wie 1887 ein ganz bestimmtes Ziel der Reichspolitik unbedingt erreicht werden müsse. Eine Durchführung dieses Kartells auch zu gewöhnlichen Zeiten, stumpfe jedes Interesse an der Parteipolitik ab. Wie könne man mit dem Bunde der Landwirte paktieren wollen, wenn es sich im nächsten Reichstag darum handle, über Handelsverträge auf Grund des neuen Zolltarifs Beschlüsse zu fassen! Ein höchst bedenklicher Verzicht auf die nationalliberale Eigenart sei ein Handeln mit einer Partei, in der Dr. Oertel entscheidenden Einfluß habe. Die Nationalliberalen in Hannover hätten dem Bunde gegenüber die richtige Haltung eingenommen. Die Vorgänge in Hildesheim, die zur Aufstellung eines Zentrumsmitgliedes durch den Bund geführt hätten, gäben eine deutliche Lehre.

Wahlbewegung.

* Aus Wittenberg wird uns geschrieben: Nächsten Sonntag, den 8. März, findet im „Kaisergarten" hier eine Vertrauensmänner-Versammlung der liberalen Partei des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz statt. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises Herr Dr. Theodor Barth-Berlin wird zu der Versammlung erscheinen und betreffs der Aufstellung eines Kandidaten Vorschläge machen. Wie wir erfahren, wird derselbe den Stadtsyndikus Herrn Dowe-Berlin den liberalen Vertrauensmännern als geeigneten Kandidaten in Vorschlag bringen und wird dieser Vorschlag jedenfalls acceptiert werden. Anschließend an diese Versammlung findet dann um 5 Uhr in demselben Lokale eine allgemeine öffentliche Wählerversammlung statt.

* Aus Eisleben schreibt man uns: Am nächsten Freitag veranstaltet für den hiesigen Reichstagswahlkreis der Bund der Landwirte eine Versammlung, um Stellung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen zu nehmen. Außer Herrn Oberst Martini-Schnaditz, welcher eben ein Wahlflugblatt gegen die Wiederwahl des freikonservativen Reichstagsabgeordneten Bauernmeister im Bitterfeld-Delitzscher Kreise erlassen hat, wird der sattsam bekannte antisemitische Abgeordnete und Hauptagitator des Bundes, Liebermann von Sonnenberg, den Hauptvortrag halten. Daß die Namen dieser Redner eine Vertrauenskundgebung für den bisherigen freikonservativen Abgeordneten Dr. Arendt bedeuten, ist, nachdem schon früher diesem ein Mißtrauensvotum erteilt ist, nicht anzunehmen. Es soll vielmehr Herr v. Krosigk-Helmsdorf als Bundeskandidat in Aussicht genommen sein. Um einer Bundeskandidatur entgegenzuarbeiten, erscheint bereits von der Arendtschen Seite ein Flugblatt in allen Blättern unseres Kreises, um die Zustimmung des Herrn Dr. Arendt zu dem Kardorffschen Antrag zu rechtfertigen. Der Wahlkampf wird ein sehr heißer werden, da auch bereits die sozialdemokratische Partei eifrig bei der Arbeit ist, trotzdem die gewerkschaftlichen Beamten sich sehr angelegen sein lassen, die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu verhindern. Die Verhandlungen bezüglich der Aufstellung des freisinnigen Kandidaten sind nahe zum Abschluß gekommen, sodaß zur rechten Zeit die Agitation der entschieden Liberalen in Angriff genommen wird.

* Eine in Weimar abgehaltene Landeskonferenz der Freisinnigen Volkspartei im Großherzogtum Sachsen hat einstimmig beschlossen, bei den nächsten Landtagswahlen kein Kompromiß mit anderen Parteien einzugehen und der Zentralleitung zu empfehlen, in allen Wahlkreisen, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, selbständig vorzugehen. Sodann wurde die Zentralleitung für das Großherzogtum Sachsen gebildet und an dessen Spitze der Abgeordnete Kühner-Eisenach berufen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* In Uebereinstimmung mit dem Justizminister hat der Minister der öffentlichen Arbeiten entschieden, daß die Praxis der Konkursgerichte, wonach die Gebühren für Dampfkesselinspektionen als den Steuern gleichstehende öffentliche Abgaben angesehen und in Konkursfällen als bevorrechtigte Forderungen der Staatskasse anerkannt wurden, nicht beibehalten werden kann. Diese Gebühren haben zwar öffentlichrechtliche Natur, unterscheiden sich aber von den öffentlichen Abgaben wesentlich dadurch, daß sie eine Vergütung für eine durch den Gebührenpflichtigen veranlaßte besondere Tätigkeit des Staats darstellen. — Der Minister für Handel und Gewerbe hat Erhebungen einmal über die im abgelaufenen Jahre etwa von den Dampfkessel-Ueberwachungsvereinen abgehaltenen Heizerkursen, sowie über die Verwendung von Lehrkräften an Baugewerkschulen veranstaltet.

Soziales.

* Im Jahre 1902 sind nach vorläufiger Ermittelung 120,856 Unfälle zur Entschädigung gelangt. Die verausgabten Entschädigungen betrugen 107,2 Millionen Mark oder nahezu 9 Millionen Mark mehr als im Jahre 1901. Dieses war das erste Volljahr der Gültigkeit der neuen Unfallversicherungsgesetze, in ihm hatten sich die Entschädigungsbeträge gegen 1900 um 12 Millionen Mark gesteigert. Es ist in der Jahressteigerung demgemäß eine Ermäßigung zu verzeichnen gewesen. Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhielten im Jahre 1902 nicht weniger als 834,566 Personen. Die Zahl der auf Grund des Invaliden-Versicherungsgesetzes am 1. Januar 1903 laufenden Renten betrug 755,529, wovon 574,833 auf Invaliden-, 12146 auf Kranken- und 168,550 auf Altersrenten entfallen. Insgesamt gab es demnach am Anfang 1903 bereits über 1½ Millionen Personen im Reiche, die auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetze Entschädigungen bezogen. Die Einnahme aus Beiträgen belief sich bei sämtlichen Trägern der Invaliden- und Altersversicherung im Jahre 1902 auf 139 Millionen Mark. An die Rentenempfänger sind 111,2 Mill. Mark gezahlt worden, wovon etwa 78,9 Millionen Mark auf die Invalidenrenten, 1,8 Millionen auf die Krankenrenten, 23,5 Millionen auf die Altersrenten und 7 Millionen Mark auf Rentenstatten kommen.

Heer und Flotte.

* Der bisherige stellvertretende Gouverneur von Südwestafrika, Major v. Estorff, trifft am 8. März mit dem Dampfer „Lucie Woermann" in Hamburg ein und begibt sich sofort nach Berlin zur Besprechung mit dem Kolonialamt. Dem Vernehmen nach wird Major v. Estorff in seine alte Stellung in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes übernommen werden und soll die Bearbeitung des südafrikanischen Krieges übernehmen, in dessen späteren Phasen er als deutscher Militärattaché unter General Walter Kitchener, dem Bruder des jetzigen Höchstkommandierenden in Indien, teilgenommen hat.

* Seit dem 1. September vorigen Jahres sind in der Armee 46 höhere Offiziere ausgeschieden, davon 17 Generäle und 29 Oberste bezw. Oberstleutnants. Nur 8 davon schieden durch den Tod aus.

Ausland.

Die macedonischen Unruhen.

Alarmierende Meldungen kommen vom Balkan. Danach beginnt der Tanz weiter in Macedonien, trotzdem die Bergpässe noch durch hohen Schnee gesperrt sind. Im Sultanspalais herrscht starres Entsetzen. Zahlreiche Banden von großer Kopfzahl durchstreifen das Land und haben den Regierungstruppen bereits schwere Niederlagen beigebracht. Dazu machen die Albanesen Ernst. Ein zweitägiger Kampf, der gegen sie, die unerbittlichsten Gegner jeder Reformidee, vom Heere des Sultans geführt wurde, endete für dieses Heer sehr unglücklich. Ein Bataillon türkischer Infanterie wurde vollständig aufgerieben und ein zweites schloß sich den Albanesen an. Unter diesen Umständen, so wird der „Berliner Volkszeitung" geschrieben, ist die Pforte ratlos. Aber sie wird die Bokommnisse sicherlich als schlagenden Beweis dafür anführen, daß die Reformen, die von allen Großmächten befürwortet wurden, praktisch nicht durchzusetzen seien.

Marokko.

Der Sultan beschloß am 13. persönlich den Oberbefehl zu übernehmen und Buhamara zur Entscheidungsschlacht zu zwingen. Die feindlichen Heere liegen, durch ein Tal getrennt, kampfbereit gegenüber. Das Vertrauen auf einen Sieg des Sultans ist in Tanger groß.

Nordamerika.

Präsident Roosevelt äußerte sich in einem Briefe über die Streitfrage, die infolge der Ernennung von Farbigen auf Bundesbeamtenposten im Süden entstanden ist. Der Präsident sagt, er könne die Farbe allein nicht mehr als Glauben oder Herkunft als Schranke für die Bekleidung von Aemtern ansehen. Die Haltung vieler Bürger des Südens überrasche ihn, werde ihn aber nicht veranlassen, um Haaresbreite von der Politik, die er sich vorgesetzt habe, abzugehen.

Gerichtsverhandlungen.

Schwurgericht zu Halle.

Halle, 2. März.

Heute begann am hies. königl. Landgericht die zweite diesjährige Schwurgerichts-Periode. Den Vorsitz führt Herr Landgerichtsdirektor Fromme. Als Beisitzer fungierten Herr Landgerichtsrat Haserodt und Landgerichtsrat Spieß. Die königl. Staatsanwaltschaft war vertreten durch Herrn Gerichtsassessor Rehbein. Geschworene sind die Herren: Kaufmann Gustav Preiser in Halle; Unternehmer August Brückmann aus Helbra; Ortsrichter Hermann Reinhardt aus Kriegsdorf bei Merseburg; Fabrikbesitzer Gustav Dreicher in Halle (Halle-Büschdorf); Ober-Inspektor Ernst Kaiser aus Steuden bei Halle; Rentier und Kirchenkassen-Rendant Moritz König in Halle; Kaufmann und Fabrikdirektor Adolf Schulze in Halle; Rentier Bruno Herrmann in Halle; Freigutsbesitzer Julius Hochberger aus Amsrode bei Mansfeld; Oberregierungsrat a. D. Karl Hoppe in Halle; Hüttenmeister Harald Scheerer aus Burgörner; Steinsetzmeister Otto Jacob in Halle; Kaufmann Wilhelm Kläning aus Delitzsch; Drogist Oskar Leberl aus Merseburg; Professor Dr. phil. Max Hollrung in Halle, Vorsteher der Versuchsstation für Pflanzenschutz; Gutsbesitzer Ferdinand Gottschalk aus Wünschendorf bei Lauchstädt; Postdirektor Freiherr Kurt von Düring aus Hettstedt; Bergwerksdirektor Dr. phil. Paul Schäfer in Halle; Rentier Karl Helbig in Halle; Oberamtmann Otto Wüstenhagen aus Klostermansfeld; Oekonomie-Inspektor Ferdinand Sonntag aus Eisleben; Fabrikdirektor Gotthilf Zubke aus Langenbogen; Stadtgutsbesitzer Franz Tripto jun. aus Zörbig; Rentier Otto Heber in Halle; Buchdruckereibesitzer William Kutschbach in Halle; Mechaniker und Optiker Richard Kleemann in Halle; Amtsvorsteher und Rittergutsbesitzer Adolf Gödicke aus Döllnitz; Amtsrat Gustav Osterland aus Salzhurth bei Bitterfeld; Rentier Magnus Schlemmer in Halle; Gutsbesitzer Wilhelm Busch aus Beesen. Ausgelost wurden die Herren: Schulze, Preiser, Herrmann, König, Reinhardt, Dr. Schäfer, Gottschalk, Scheerer, Wüstenhagen, Kutschbach, Busch, Kläning.

Zur Verhandlung kam eine Anklage wegen betrügerischen und einfachen Bankerotts. Angeklagt war der aus Unterschundsgbach vorpfälzische Kaufmann Heinrich Dobberstein hier. Er stammt aus Forden bei Bromberg, ist 34 Jahre alt, bisher unbestraft. In Halle betrieb er ein Geschäft mit Butter, Käse, Eiern und Wurstwaren seit April 1895 bis zum 21. Sept. 1902, worauf er es verkaufte, dann aber in Konkurs geriet. Die Anklage legte ihm zur Last: als Schuldner, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet war, Vermögensstücke verheimlicht und bei Seite geschafft, außerdem Schulden oder Rechtsgeschäfte aufgestellt zu haben, die ganz oder teilweise erdichtet gewesen seien. Dies alles aber sollte der Angeklagte getan haben in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen. Letzteres bildet das erschwerende Moment, das zum Tatbestand des betrügerischen Bankerotts gehört. Ferner wurde dem Angeklagten zur Last gelegt: vom April 1895 an Handelsbücher, zu deren Führung er gesetzlich verpflichtet gewesen, zu führen unterlassen oder sie so unordentlich geführt zu haben, daß sie eine Uebersicht seines Vermögensstandes nicht gewährten. Weiter sollte er es gegen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches unterlassen haben, die Bilanz seines Vermögens in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen. Letzteres sowie unterlassene bezw. unordentliche Buchführung gehört zum Tatbestand des einfachen Bankerotts. Der Angeklagte stellte in Abrede, sich des betrügerischen Bankerottes schuldig gemacht zu haben, und behauptete, er habe Handelsbücher geführt, soweit ihm dies für sein Geschäft erforderlich geschienen. Er habe nur als Verkäufer gelernt, von kaufmännischer Buchführung aber keine Kenntnis erlangt. Zur Instandsetzung seiner Handelsbücher habe er deshalb die sachverständige Hilfe eines Buchhalters in Anspruch genommen. Sein Geschäft (am Alten Markt Nr. 6) habe er im April 1895 vom Kaufmann Heinrich Fischer für 2300 M. gekauft mit 500 M. Anzahlung. Das Geld hierzu habe er von seinem Schwiegervater Engelmann bekommen. Den Restbetrag der Kaufsumme, nämlich 1800 M., hatte der Angeklagte bereits im Mai 1895 bezahlt, aber, wie er zugeben mußte, lediglich von der im Geschäft erzielten Einnahme, nicht etwa vom Verdienst. Er wollte zwar behaupten, die Restzahlung noch von Geldern seines Schwiegervaters bewirkt zu haben; als ihm jedoch vorgehalten wurde, daß die betreffenden Zuwendungen viel später geschehen seien, nämlich nach seiner im September 1895 erfolgten Verheiratung, hielt er die Behauptung nicht aufrecht. Ein Kassenbuch über Einnahme und Ausgabe war von ihm seit April 1895 an geführt; außerdem auch ein Hauptbuch. Zur Eintragung der betreffenden Posten hatte er von Zeit zu Zeit einen Buchhalter angenommen, der monatlich, wie es bei manchen kleinen Geschäftskunden üblich, die beiden Bücher in Ordnung bringen mußte, wozu aber nur Tagebuchsnotizen, Fakturen und Quittungen als Unterlagen benutzt werden konnten, die wiederum auf Angaben des Geschäftsinhabers beruhten. Nach Ausweis der Buchung belief sich der Umsatz im Dobbersteinschen Geschäft im Jahre 1895 (vom April an) auf 18,000 M.; im Jahre 1896 auf 27,000 M.; 1897 auf 34,000 M.; 1898 auf 38,000 M.; 1899 auf 36,000 M.; 1900 auf 48,000 M.; 1901 auf 31,000 M. und 1902 (bis 21. Sept.) auf 29,000 M. Das räumte der Angeklagte als richtig ein. Im April 1900 hatte er ein zweites Geschäft in der Geisstraße eröffnet, wodurch in jenem Jahre die Einnahmen größer geworden. Weshalb der Angeklagte sein Geschäft trotzdem nicht mehr zu halten vermocht hatte, sondern in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, darüber konnte er keine Aufklärung geben. Er verkaufte das Geschäft am Alten Markt (nachdem er das Geschäft in der Geisstraße schon verkauft) am 21. September 1902 an den Kaufmann Artur Altmann für 2150 M., wobei der Warenbestand mit 950 M. berechnet worden. Als unrichtig erwies sich des Angeklagten Angabe, daß er 900 M. bar bei Abtretung des Geschäfts erhalten habe. Der Käufer hatte vielmehr den ganzen Betrag mit Wechseln bezahlt, deren Fälligkeit auf verschiedene Termine lauteten. Zum Verkauf des Geschäftes mochte der Angeklagte veranlaßt worden sein durch zahlreiche gegen ihn angestellte Zivilprozesse. Beim hiesigen Amtsgericht waren 30 und beim hiesigen Landgericht 4 solcher Prozesse anhängig gemacht, insgesamt auf 4104 M. Schuldforderungen. Dazu gab der Angeklagte an, sein Geschäft sei zurückgegangen, weil er infolge eines Beinbruchs sich mit fremden Leuten habe behelfen müssen. Spekulationen habe er nicht betrieben und Aufwand für seine Familie auch nicht gemacht. Zur Erwähnung kam, daß die Konkursmasse für die Gläubiger etwa 17 Proz. ergeben werde. Die Passiva betragen etwas über 11,000 M., die Aktiva 2150 M., das ist der Betrag erwähnter Wechsel. Nach dem Umfange des Geschäfts, ersichtlich aus dem namhaften jährlichen Umsatze, nahm der Konkursverwalter an, daß der Angeklagte als „Wollkaufmann" im Sinne des Gesetzes zu betrachten und deshalb zur ordnungsmäßigen Führung von Handelsbüchern verpflichtet gewesen sei. Uebrigens hatte er Waren durch Vermittlung von Agenten auf Ziel gekauft und, was wesentlich in diesem Falle, auch mit Wechseln gearbeitet, hierüber aber keine Buchung geführt. Am 8. Oktober 1902 war auf Antrag dreier Gläubiger das Konkursverfahren eröffnet worden, nachdem am 27. September bereits ein Gläubiger den Antrag gestellt hatte, worauf Dobberstein am 29. Sept. vor dem Konkursrichter vernommen wurde. Er hatte jedoch um Frist gebeten, weil er versuchen wollte, durch einen Accord mit seinen Gläubigern auseinanderzukommen. Bei jener Vernehmung hatte er angegeben, er habe etwa 900 M. für sein Geschäft bekommen, ungefähr 200 M. bar, das übrige in Wechseln. Das Geld habe er in seiner Wirtschaft verbraucht, die Wechsel aber an seine Gläubiger gegeben. Das war unrichtig gewesen, denn der Käufer Altmann hatte am 1. Oktober dem Konkursrichter gesagt, der Kaufpreis betrage 2150 M. und sei in Wechseln bezahlt. Dann rückte Dobberstein mit der Wahrheit heraus und lieferte die Wechsel ab. In diesem Verhalten Dobbersteins sollte das „Verheimlichen von Vermögensstücken" zum Nachteil der Gläubiger enthalten sein, das Beiseitigen von Vermögensstücken dagegen darin, daß Dobberstein einige Tage nach erfolgtem Geschäftsverkauf zwei Laib Schweizerkäse und drei Kisten Limburger Käse für 292 M. 30 Pfg. in Leipzig verkaufte und den Erlös nicht zur Masse abgeliefert. Ueber Rechtsgeschäfte, die ganz oder teilweise erdichtet gewesen sein sollten, kam zur Erörterung die Buchung von Arbeitslohn für die Monate April bis einschließlich September mit Beträgen von 25 M., 25 M., 30 M., 45 M., 25 M. und 15 M. Der betreffende Arbeiter konnte hierüber genaue Angaben nicht machen. Von seinem Schwiegervater hatte Dobberstein erhalten: 600 M. zum Beginn des Geschäfts, später 300 M., 100 M. und nochmals 300 M. Sonst erbrachte die Beweisaufnahme nichts von Belang. Die Beratung der Geschworenen über die Schuldfragen (es waren einschließlich der Fragen betreffs mildernder Umstände 8 Fragen) dauerte eine Stunde. Der Spruch lautete auf Verneinung der Schuldfragen bezüglich des betrügerischen Bankerotts, dagegen auf Bejahung der Frage: ob der Angeklagte seine Handelsbücher unordentlich geführt und die Aufstellung der Bilanzen unterlassen, also einfachen Bankerott begangen habe. Verneint wurde von den Geschworenen die Frage betreffs mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis; das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und erklärte dem Angeklagten 2 Monate als durch seine dreimonatliche Untersuchungshaft für verbüßt. Schluß 4 Uhr.

Leipziger Bankprozeß.

Leipzig, 2. März.

Während der heutigen Verhandlung kommt es wiederum zu längeren Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen, den Verteidigern und Exner über die Zulässigkeit von Rückdatierungen. Dann wird als Zeuge der Kaufmann Renner-Hamburg vernommen. Renner betrieb, er habe in Hamburg eine Gerb- und Farbstoffextraktfabrik gehabt. Obwohl diese 11—12 Prozent Reingewinn gegeben, sei von seiner nachträglich in ein Aktienunternehmen umgewandelten Gesellschaft auf seinen Antrag eine Fusion mit der Trebergesellschaft be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030303028/fragment/page=0002

schlossen worden, weil deren vorzüglich eingerichtetes Werk in Glückstadt, welches die gleichen Artikel produzierte, die Preise maßlos drückte. Auf Befragen des Vertheidigers Dr. v. Gordon erklärt Renner, Schmidt habe keineswegs den Eindruck eines Mannes mit bösen Absichten gemacht. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, Schmidt habe ihm das Obligo der Trebergesellschaft bei der Leipziger Bank auf 3—4 Millionen angegeben. Zeuge Kaufmann Rothe aus Hamburg berichtet dann über von ihm für die Trebergesellschaft vermittelte Aktienverkäufe, die stets vorher von der Leipziger Bank genehmigt worden seien.

Alsdann wird die Weiterverhandlung auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Provinzialnachrichten.

* **Theißen**, 1. März. [Verschwunden] ist seit dem 26. Febr. früh die 26 Jahre alte unverehelichte Lida Bach aus Priditz. Diese begab sich um diese Zeit nach Zeitz, um einen Arzt zu konsultieren, und ging dann von hier aus nach der Mohrenapotheke, wo sie sich ein Rezept anfertigen ließ. Von hier aus fehlt jede Spur von dem Mädchen, weshalb die geängstigten Eltern annehmen müssen, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist.

* **Eisleben**, 2. März. [Leichenfund.] In der Angelegenheit der Auffindung der Leiche des Dienstmädchens Anna Gummert, genannt Marie Falke, von hier im hiesigen Gemeindeteiche auf dem Rosenhagen hat die Leichenschau und Obduktion keinen Anhalt für ein Verbrechen ergeben. Die Mitteilung, daß die Gummert einen Knebel im Munde gehabt, ist, wie das „Neuh. Wochenbl." berichtet, ebenso wie die Mitteilung, daß der Teich abgelassen sei, unrichtig. Danach handelt es sich also um einen Selbstmord.

⊙ **Aken**, 2. März. [Havarie. — Unfall.] Der Schiffer Wellguth von hier hat bei Elster eine Totalhavarie seines Fahrzeuges erlitten. Der Havarie-Kommissar Merseburg von hier ist auf telegraphische Benachrichtigung hier an Ort und Stelle gereist, um den entstandenen Schaden abzuschätzen. — Ein Gespann des hiesigen Ziegeleibesitzers E., ist am Sonnabend, als er mit der Fähre nach dem jenseitigen Ufer übersetzen sollte, direkt in den Strom der Elbe geraten und nur durch energische Hilfe der übrigen Passanten vor dem Untergehen gerettet worden. Der obere Teil des Wagens ist mit dem Wasser fortgetrieben.

* **Eggersdorf** bei Schönebeck, 2. März. [Die Musterwirtschaft] des Herrn Amtsrat Koch hier ist für den Preis von 400,000 M. von Herrn Meyer Oppenheimer in Hannover angekauft worden.

* **Magdeburg**, 2. März. [Einen Raubanfall] versuchten gestern nacht zwei Männer an dem 17jährigen Fritz K. an der Ecke der Lübecker- und Ankerstraße in der Neustadt. Sie fielen ihn an, schleppten ihn nach einer Toreinfahrt in der Ankerstraße und forderten ihn unter Bedrohung mit dem Messer zur Herausgabe seiner Barschaft auf. Der Ueberfallene hatte nur weniges Geld bei sich, das die Strolche ihm abnahmen. Sie suchten dann das Weite, ohne daß man ihrer bis jetzt habhaft werden konnte.

* **Burg**, 2. März. [Tiefsinnig geworden] ist infolge eines bei einem hiesigen Konkurse erlittenen Verlustes der Tischlermeister Hermann Stübing. Er erschien auf dem Polizeibureau und verlangte seine Verhaftung, indem er sich selbst verschiedener Straftaten bezichtigte. Polizeikommissar Erdmann erkannte den Zustand des Bedauernswerten und gab dem Kreisarzt Dr. Hermes sofort Nachricht. Dieser veranlaßte die Familie, auf den Kranken genau Obacht zu geben. Trotzdem gelang es diesem, sich von dem im dritten Stockwerke befindlichen Lagerboden aus einem Giebelfenster auf den Hof des Nachbargrundstückes zu stürzen. Er schlug auf ein Staket, verletzte sich sehr schwer am Kopfe und brach den Arm. An seinem Aufkommen wird sehr gezweifelt.

* **Tangermünde**, 1. März. [Die Stadtverordneten] beschlossen einstimmig die Einverleibung des Dorfes Karlbau.

« **Vom Brocken**, 2. März. [Witterungsbericht.] Unter der Wechselwirkung eines Gebietes sehr tiefen Luftdrucks über Schottland und eines umfangreichen über dem südlichen Europa gelegenen Hochdruckgebietes hatten wir am Freitag und Sonnabend ziemlich warmes und regnerisches Wetter mit äußerst heftigen südwestlichen Winden. Am Freitag mittag begann es zu schneien, doch ging der Schnee bald in Regen über, der bis zum nächsten Morgen ohne Unterbrechung anhielt und zuweilen sehr heftig wurde. Auch am Sonnabend regnete es noch mehrere Male und wurden diese kurzen Regenfälle fast immer von heftigen Graupelschauern begleitet. Die Temperatur ging am Freitag mittag über den Gefrierpunkt, stieg bis zum nächsten Morgen auf +3° und hielt sich bis zum Abend auf diesem Stande. Dann trat mit steigendem Barometerstande ein plötzlicher Umschwung der Witterung ein. Die Temperatur begann stark zu fallen, ging in der Nacht auf —5° hinab und schwankte dann zwischen —3° und —5°. Der Südwestwind, der bis dahin äußerst stürmisch gewesen war und wieder Geschwindigkeiten bis zu 25 m in der Sekunde erreicht hatte, nahm bedeutend an Stärke ab. Gleichzeitig ging auch der Regen in Schnee über. In der folgenden Nacht fielen bedeutende Schneemengen, sodaß das fast schneefrei gewordene Brockengebiet wieder mit einer 15-20 cm hohen Schneedecke bedeckt ist. Gestern nachmittag lichtete sich der Nebel und der Himmel wurde völlig wolkenlos, aber eine starke Dunstschicht behinderte die Fernsicht. In der Nacht wurde es von neuem neblig und es trat wieder Schneetreiben ein. (Nachdruck, auch auszugsweise, untersagt.)

* **Wernigerode**, 2. März. [Selbstmord.] Der Kaufmann Gustav Runge aus Halberstadt wurde am Freitag in einem alten Stollen im Stollental, unmittelbar hinterm Mundloche, tot aufgefunden. Er hatte durch einen Revolverschuß in die rechte Schläfe seinem jungen Leben — er war erst 20 Jahre alt — ein schnelles Ende bereitet.

* **Derenburg**, 1. März. [Bürgermeisterwahl.] Gestern traf hier die Nachricht ein, daß unser Bürgermeister Begrich in Jüterbog unter 136 Bewerbern einstimmig zum Bürgermeister gewählt ist. Sein Scheiden von hier werden alle einsichtsvollen Bürger bedauern; denn sie wissen, was dieser fleißige und gerechte Mann für die Stadt getan hat. Möge ihm in seinem neuen Wirkungskreise viel Freude und vor allem mehr Anerkennung beschieden sein, als er sie hier fand!

* **Bad Harzburg**, 1. März. [Feuer.] Heute morgen 6½ Uhr brannte es wieder in der Dach-Etage der Villa Marie an der Goslarschen Straße, in der erst vor kurzem ein ähnlicher Brand stattfand, dessen Schaden kaum repariert war. Fußspuren im frisch gefallenen Schnee, eine ausgelöste Fensterscheibe und ein Bund Dietriche, die man im Hause fand, deuten darauf hin, daß der Brand, vielleicht gleich dem früheren, aus Rache verursacht sein kann.

* **Bernburg**, 2. März. [Die Zahl der Gasanschlüsse] an die neue städtische Gasanstalt ist bis auf 1070 gestiegen. Die Anmeldungen verteilen sich etwa je zur Hälfte auf bisherige Konsumenten der bestehenden Privat-Gasanstalt und auf neue Konsumenten.

* **Dessau**, 2. März. [Rücktritt. — Einführung.] Der Rücktritt des Herrn Geheimrat Dr. Wesche, welcher bereits vor einiger Zeit als bevorstehend angekündigt war, ist jetzt zur Tatsache geworden. Wie der „Anh. St. Anz." meldet, hat der Herzog den Regierungs- und Geheimen Medizinalrat Dr. Richard Wesche in Dessau auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt. — Der an Stelle des verstorbenen langjährigen Leiters des hiesigen Kreiskrankenhauses, Geheimen Sanitätsrat Dr. Mohs als Direktor gewählte Dr. med. Liermann aus Frankfurt a. M. wurde durch den Kreisdirektor Dr. Sachsenberg in sein neues Amt eingeführt.

* **Gera**, 2. März. [Aufgegriffen] wurde gestern am hiesigen Bahnhof ein etwa 12jähriger Junge aus der Nähe von Arnstadt, der mit einem Revolver und etwa 200 scharfen Patronen bewaffnet war. Er gab an, den Revolver und die Patronen von gleichaltrigen Genossen geschenkt erhalten zu haben, die im Holz bei Arnstadt Schießübungen veranstalten wollten. Sein Vater wäre aber hinter die Absicht gekommen, und aus Furcht vor Strafe sei er ausgerissen. In Gera war dem Jungen das Geld ausgegangen. Er wurde einstweilen hier behalten.

Vermischtes.

Die Versuche, Photographien in natürlichen Farben herzustellen, scheinen jetzt zu einem vorläufig befriedigenden Abschluß gekommen zu sein. Es ist dies ein hervorragendes Verdienst des Dozenten der Technischen Hochschule zu Berlin, Professor Dr. Miethe, einer der ersten Autoritäten auf dem Gebiet der Photographie. Vor der Gesellschaft „Urania" daselbst führte er am Montag-Mittag die Ergebnisse seiner dreijährigen Arbeit auf dem Gebiet der bunten Photographie vor. Das Verfahren, das Ives für die Herstellung farbiger Photographien angab, ist von Prof. Miethe in der großartigsten Weise ausgebaut worden. Es ist ihm gelungen, farbige Photographien von Gegenständen aller Art, von Landschaften, von Porträts usw. usw. in den Farben des Originals herzustellen. Die Bilder, die Professor Miethe mit Hilfe eines von Dr. Donath-Berlin eigens zu diesem Zweck erbauten Projektions-Apparates dem Publikum vorführte, waren fast ohne Ausnahme überraschend gut und forderten oft zu lautem Beifall heraus. Besonders schön waren die Aufnahmen landschaftlicher Szenerien aus der Mark. Die Stimmung der Bilder war großartig wiedergegeben, mochte es sich um den Grunewald im Winter, um ein Dorf nach dem Regen, oder um eine Kuhherde auf einer sonnigen Wiese handeln. Namentlich waren zwei Bilder glänzend gelungen. Das eine stellte eine Windmühle bei Sonnenaufgang, das andere ein Dorf mit Wiesen im Nebel dar. Die Vorführung in der „Urania" bedeutet einen Höhepunkt in der Entwicklung der Photographie.

Kampf mit einem Einbrecher. In der Postagentur zu Dittmannsdorf wurde ein Einbruch verübt. Der Dieb hatte den Kassenschrank erbrochen, wurde aber vom Postagenten, dem Amts- und Gemeindevorsteher Wagner, der vom Geräusch erwacht war, gestört. Zwischen Wagner und dem Einbrecher entspann sich ein erbitterter Kampf, wobei Wagner von seinem mit einem langen Messer bewaffneten Gegner schwere Stichwunden an Stirn und Hinterkopf erhielt. Auch die herbeigeeilte Gattin Wagners wurde am Halse verwundet. Dem Einbrecher gelang es, unerkannt zu entfliehen.

Totgefahren wurde in Köln ein Architekt, der von der elektrischen Straßenbahn absprang, vom Anhängewagen.

Boshaft. In den Städten Oesterreichs gibt es noch durchweg Ochsengebühren, die bisweilen recht hoch sind. So zeichnet sich die Stadt Bozen durch hohen Aufschlag auf Fleisch und andere Lebensmittel aus. Neulich war am Rathause zu Bozen nach der „Köln. Volksztg." ein Aufschlag angeheftet, der einen Ochsen, einen Esel und einen Hund in traulicher Unterhaltung zeigte. Der Ochs: „Was bezahlst denn du Steuer?" Der Hund: „20 Kronen das Jahr." Der Ochs: „O, du Glücklicher, ich muß 12 Heller für das Kilogramm zahlen." Beide zum Esel: „Und du?" Der Esel: „Ich brauche keine Steuer zu zahlen, ich sitze im Gemeinderat."

Der Ansturm auf die böhmische Sparkasse in Prag dauert ununterbrochen fort. Bis 11 Uhr vormittags hatten am Montag 5 000 Einleger die Rückzahlung ihrer Depositen mit 270,000 Kronen nachgesucht. Die Polizei hat mehrere Personen, welche falsche Nachrichten über das Institut verbreiteten, verhaftet. Ein neuer Trick besteht darin, daß tschechische Parteien an einem Tage Geld einlegen und dasselbe am anderen Tage wieder erheben.

Furchtbarer Seegang wird vom Kanal gemeldet. Einer Nachricht aus Dover zufolge sind in den an der Südküste liegenden Städten die Hafenanlagen und die angrenzenden Straßen stark beschädigt. Mehrere Unglücksfälle ereigneten sich infolge Zusammenbruchs von Bauten. In Dover riß der Sturm die Dienstwohnung des Admiralitätsdirektors und die außerhalb der Lloyds-Station liegende Werkstatt eines Grobschmiedes fort, wobei der Admiralitäts-Inspektor und der Schmied ums Leben kamen und eine andere Person schwer verletzt wurde.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Hibernia. Aus der Aufsichtsratssitzung teilen wir im Anschluss an gestrigen Bericht noch mit: Abzüglich aller laufenden und aussergewöhnlichen Betriebsausgaben Anleihezinsen von 441,680 M. beträgt der Rohgewinn 7,862,753,14 M. (einschl. Vortrages aus 1901 von 189,373,12 M.). Es werden 3,496,946,26 M. zu Abschreibungen verwendet und eine Dividende von 10 Prozent des Aktienkapitals von 39,400,000 M. unter Vortrag von 217,772,18 M. beantragt. Vom Geschäft der beiden ersten Monate des laufenden Jahres wurde mitgeteilt, dass sich dasselbe lebhafter als zur selben Zeit im Vorjahr gestaltet habe und demnach in mässigem Umfange eine Belebung der Industrie, insbesondere der in erster Linie in Frage kommenden Eisenindustrie andeute.

Der Stempelfiskus ermässigte die früher gegen die Bankfirma Emil Heckscher & Co. in Hamburg wegen angeblich zu später Stempelung auswärtiger Geschäfte verhängte Strafe von 12,000 auf 5000 M.

— Dividenden. Stettiner Chamottefabrik Didier 5 Proz. (V. 8 Proz.), C. Müller Gummiwarenfabrik wieder 9 Proz., Hamburger Strassenbahnges. wieder 8½ proz.

- Zahlungseinstellungen. Fabrikant Karl Berger in Halle a. S., elektr. Installation, Telegr., Bierdruckapparatefabrik usw., Konkurs eröffnet — Ueber die Maschinenfabrik von Albert Zimmer in Leutzsch kau wurde Konkurs eröffnet.

Kursberichte der Halleschen Bankfirmen vom 3. März.

	Dividende für		Zinstermin	Zinsfuß	Kurswerth
Hall. konv. 3½% Stadt-Anl. v. 1882	—	—	1. 4. u. 1. 10.	3½	100,00
„ 3½% Theater Anl. v. 1884	—	—	1. 4. u. 1. 10.	3½	99,00
„ 3½% Stadt- „ „ 1886	—	—	1. 4. u. 1. 10.	3½	100,25
„ 3½% „ „ 1892	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	100,50
„ 4% „ „ 1900	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	103,00
Akona 3½% „ „	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	—
Erfurter 3½% „ „	—	—	1. 4. u. 1. 10.	3½	100,25
Erfurter 4 proz. Stadt-Anl. „ 1900	—	—	1. 4. u. 1. 10.	4	103,80
do do. do. „ 1901	—	—	1. 4. u. 1. 10.	4	103,80
Halberstädter 3½% „ „	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	100,00
Naumburger 3½% „ „ v. 1886	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	100,00
do. 4% „ „ 1900	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	103,60
Landschaftl. 3½% Central-Pfandbr.	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	100,50
Sächsische 4% Landschaftl. Pfandbr.	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	—
„ 3½% „ „ „	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	— —
„ 3% „ „ „	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3	91,00
„ 3½% Provinzial-Anleihe	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	100,50
Halle-Hettstedter 3½% Oblig.	—	—	1. 4. u. 1. 4.	3½	—
do. do. 4½% „	—	—	1. 4. u. 1. 7.	4½	102,25
Hallesche Strassenbahn 4% Obl.	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	99,25
Knappsch.-Beteiligen. 4% Anl.	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	—
do. 4% Anl. unkdb. bis 1904	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	100,50
Unstrut-Reg. 3½% Obl. (Brettschen Nebenl.)	—	—	1. 1. u. 1. 7.	3½	99,25
Bernb. Masch.-Fabr. 4½ Obl. rckz. 103	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4½	—
Crüll'w. A.-Papierfabr. 4% allg. p.-Anl.	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	100,00
Eisenacher 4½% Kommgrunpap.	—	—			—
nerei Oblig rückz. mit 102 Proz.	—	—	1. 4. u. 1. 10.	4½	102,50
F. Zimmermann & Co. M. 4% ell. A	—	—	1. 4. u. 1. 10.	4	92,50
Köthladorf, Zuckerfabrik 4% „	—	—	1. 4. u. 1. 10.	4	100,50
Waldauer Braunkohlen 4% „	—	—	1. 4. u. 1. 10.	4	100,00
do do. Oblig v. 1902	—	—	1. 4 u 1 10	4	101,25
Sächs.-Thür. Braunk. V. 6% Sch. uhlen	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4½	100,50
do. II. rückz. mit 102 Proz	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	101,00
Wersch.-Weissenf. Bnk 4% ell. 1896	—	—	1. 4. u. 1. 10.	4	100,50
„ „ „ 4% „ 1898	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	—
„ „ „ 4% „ 1902	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	101,50
Zeitzer Paraff. u. Solarölfabrik 4% Schuldv. unkündb. bis 1904	—	—	1. 1. u. 1. 7.	4	101,00
Hallesche Bankvereins-Aktien	1902	8½	1. 1.	4	152,00
Spar- und Vorschuss-Bank-Aktien	1902	3	1. 1.	4	60,00
Ammendorfer Papierf.-Akt.	1901/02	10	1. 7.	4	138,00
Crüllwitz. Akt.-Papierfabrik-Akt.	1901/02	15	1. 7.	4	— —
Cönnern, Malzfabrik-Aktien	1901/02	12	1. 7.	4	— —
Dürstew.-Braunsdorf. Braunk. I.-A.	1901/02	2½	1. 7.	4	55,00
do. Vorzugs-Aktien	1901/02	5	1. 7.	4	—
Eilenburger Kattun-Manufakt.-Akt.	1901/02	4	1. 6.	4	98,50
Feldschlösschen Brauerei-Aktien	1901/02	3	1. 10.	4	50,00
Glauzig, Zuckerfabrik-Aktien	1901/02	2½	1. 6.	4	116,00
Halle-Hettstedt. E.-A., L.-A. 3½%	1901/02	½	1. 4.	4	— —
Hallesche Akt.-Bierbrauerei-Akt.	1901/02	4	1. 10.	4	90,00
Hallesche Maschinenfabrik-Aktien	1901	26	1. 1.	4	—
Hallesche Strassenbahn-Aktien	1901	0	1. 1.	4	75,00
Hallesche Portland-Cement-Fabr.	1901	0	1. 1.	4	—
Hildebrand'sche Mühlenw.-Akt.	1901/02	4¾	1. 7.	4	148,00
Köthladorf, Zuckerfabrik-Aktien	1901/02	4	1. 4.	4	— —
Kyffhäuser Hütte Aktien	1901	20	1. 1.	4	— —
Landsberg, Malzfabrik-Aktien	1901/02	8	1. 7.	4	— —
Naumburger Braunkohlen-Aktien	1901/02	14	1. 4.	4	205,00
Niemberg, Malzfabrik-Aktien	1901/02	6	1. 9.	4	— —
Nienburger Schlossmälzerei-Akt.	1901/02	2½	1. 9.	4	— —
Riebeck'sche Montanwerke-Aktien	1901/02	12	1. 4.	4	— —
Sächs.-Thür. Braunk.-St.-Aktien	1901	8	1. 1.	4	127,50
Sächs.-Th. Braunk.-St.-Pr.-Akt.	1901	8	1. 1.	4	—
Waldauer Braunkohlen-St-Aktien	1901/02	15	1. 4.	4	156,00
Wegelin & Hübner, A.-G.-Aktien	19.1/02	9	1. 1.	4	132,00
Werschen-Weissenf. Braunk.-Akt.	1901/02	14	1. 4.	4	222,50
Zeitzer Maschinenb.-Akt. (Schnede)	1901/02	7	1. 7.	4	—
Zeitzer Paraff.- u. Solarölfabrik Akt.	1901/02	9	1. 4.	4	136,00
Zeitzer Eisengiesserei Halle Aktien	1901/02	20	1. 10.	4	175,00
Bruckd.-Nietl. Bergb.-Ver. Kuxe*	—	—	ohne Zs.	o. Z.	— —
Konsolidirte Pfännerschaft Kuxe*	1902	25 M	„	„	340,00

Die Kurse der mit * bezeichneten Papiere verstehen sich in Mark für ein Stück.

Gebr. Zorn, Großh. Sächs. Hofl., Gr. Ulrichstr. 58, empfehlen

Meßner's Thee

in 100,000 Familien getrunken. Probepaet. 60 ₰ bis ₰ 1.25.

Das Wohlbefinden des Kindes wird nur zu häufig durch Hautaffektionen, Wundsein, Pickeln usw. gestört. Deshalb sollten alle Mütter auf den Rat erfahrener Aerzte hören:

Waschet die lieben Kleinen

nur mit „Patent-Myrrholin-Seife", welche durch den Myrrholingehalt eine große Milde und absolute Reizlosigkeit besitzt und so den besten Einfluß auf die zarte Kinderhaut ausübt. Ueberall, auch in den Apotheken, erhältlich, wofelbst auch die 400 hochinteressanten Myrrholin-Bilder gratis zu haben sind. Man nehme keine andere Seife.

Otto Kummer, Spezial-Geschäft feiner Genfer und Glashütter Taschenuhren. Moderne Zimmeruhren.
Poststraße 10.

Den Eingang sämtlicher **Neuheiten** für **Frühjahr** und **Sommer** in

Knaben- und Mädchen-Kleidung

für jedes Alter,

sowie **Kleidung** für **junge Herren** und **Damen**

Kinderwagen und **-Bettstellen**

beehren sich anzuzeigen

Geschw. Jüdel,

101 Leipzigerstrasse 101.

Fernsprecher 647.

Weisswaren-Handlung.

Spezialität: Kauthaus für Kinder-Bedarfsartikel.

Vollständige Einrichtungen für Kinderzimmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030303028/fragment/page=0003

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Anderer Unternehmungen halber löse ich mein

Schuhwaren-Geschäft

vollständig auf.

Sämtliche Waren sind im Preise **ganz bedeutend** herabgesetzt, zum Teil bis zu **50%.**

Beachten Sie gefl. meine Schaufenster!

Keine Auswahlsendungen! **Verkauf nur gegen bar!**

Goodyear Welt-Schuhwarenhaus

Leopold Sternberg

Grosse Ulrichstrasse 9, part. u. I. Etage.

Das Lokal ist zu vermieten. **Die elegante Einrichtung zu verkaufen.**

Zur gefl. Beachtung.

Ich erlaube mir gleichzeitig die ergebene Bitte auszusprechen, den Einkauf auch in den Vormittagsstunden bewirken zu wollen, da in den Nachmittagsstunden der Andrang so gross ist, dass es mir unmöglich ist, jeden Einzelnen mit der nötigen Sorgfalt zu bedienen.

Liebe's Bade-Apparate

Preislisten gratis.

Carl Liebe & Söhne
Dessau.
Fabrik für Badeartikel.

Wenn Sie ein Fahrrad oder einen Pneumatic-Reifen kaufen, verlangen Sie ausdrücklich

Continental

PNEUMATIC

Nicht der billigste aber der beste Reifen für Fahrrad und Automobil.

Continental Caoutchouc u. Guttap. Co., Hannover

Porträts

in Kreide, Pastell u. Oel, überraschende Aehnlichkeit, liefert zu billigsten Preisen

Frau Ingenieur Haves,
Lindenstraße 63.

NB. Ausgeführte Porträts sind stets zur Ansicht vorhanden.

Atelier für künstl. Zähne.

Plomben und Zahnoperationen.

Schmerzloses Zahnziehen.

Franz Hirsekorn, Leipzigerstr. 22, II.

Sprechstunden von 8—12 u. 2—6 Uhr.

Friedmann & Weinstock,

Leipzigerstraße 12.

Wir empfehlen uns zur Erledigung aller bankgeschäftlichen Maßnahmen, wie
Eröffnung von Conto-Correnten u. provisionsfreien Check-Rechnungen,
An- und Verkauf von Effecten, Devisen, ausländischem Papiergeld, Gold und Silber.
Beleihung von Effecten.
Einlösung von Coupons, verloosten und gekündigten Effecten.
Uebernahme von Baargeldern auf tägliche und längere Kündigung.
Discontirung, Einzug und Ausstellung von Wechseln und Checks auf das In- und Ausland.
Ausstellung von Creditbriefen,
sowie zur:
Aufbewahrung von geschlossenen Depôts.
Entgegennahme von Werthpapieren zur Verwahrung als Sondereigenthum unter gesetzlicher Haftung und Verwaltung als offene Depôts.
Vermiethung von eisernen Schrankfächern, sog. Safes, in unserem nach den neuesten Erfahrungen der modernen Technik absolut feuer- und einbruchsicher hergestellten Tresor.

Leipzigerstraße 12,

Friedmann & Weinstock.

Feilenhauerei

von

Halle a. S. **G. Starck,** Bärstr. 2.

Die von meinem verstorbenen Bruder und mir geleitete Feilenhauerei werde unter derselben Firma

G. Starck

weiterführen. Seit 33 Jahren in derselben tätig, hoffe ich, wie bisher, auch fernerhin allen Anforderungen gerecht zu werden, zumal ich durch Maschinenbetrieb unterstützt, prompt und schnellstens liefern kann.

Unserer langjährigen getreuen Kundschaft und hochgeschätzten Gönnern für das bisher bezeugte Vertrauen meinen besten Dank.

Unterzeichneter hofft, sich desselben auch weiter würdig zu erweisen.

Carl Starck, Feilenhauer-Mstr.
i. Fa. G. Starck.

Fischer & Fricke,

Posamentenfabrik,
Gr. Ulrichstraße 16,
Eingang Bölbergasse (General-Anzeiger").

A. Ahlheit. Klavierstimmungen 5. Vereinsstr. 2.

Albert Wetterling,

Inh. Wwe. **Pauline Wetterling,**
26 Schmeerstr. nur **26,**
bringt
feine als gut und billig anerkannten
Schuhwaren
in empfehlende Erinnerung.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Königstädtische Vorschule für Knaben.

Halle, Königstraße 81.
Vorsteherin: **Luise Staabs.**

„Trilby"

Mástu-

„Trilby" 3½, 4, 5, 7 und 10 cm breite ganz neue Verlängerungsborden laufen nicht mehr ein und geben, durch dauernd feste Appretur, dem Rocksaum ein stets glattes Aussehen. Jede Farbe lieferbar.

„Mástu"-Rockhalter (Neu), waschbar, rostfrei, tadelloses Verbindungsorgan zwischen Rock und Taille, verdrängt alles andere.

„Mástu"-Besenborden mit und ohne Kordelschutz laufen niemals ein, verhüten durch stets härteren Besen das Durchschleissen sowie die Staubaufnahme des Saumes, und behalten wie

„Mástu"-Krageneinlagen „Porös" und „Dicht"
„Mástu"-Stoss mit und ohne Besen
„Mástu"-Rockgaze
„Mástu"-Wattierleinen

nach jeder Nässe, sobald getrocknet, ihre ursprüngliche Härte und Elastizität; alles antiseptisch.

Mástu-Fabrikate nur mit Stempel „Mástu" sind vorrätig bei:

Leopold Nussbaum, Kleinschmieden.

Versteigerung.

Mittwoch den 4. März vormitt. 10 Uhr versteigere ich Geistr. 39 freiwillig folgende gebrauchte Sachen:
1 Bettkow von Mahagoni, 1 Tisch, 1 Küchentisch, 4 Stühle, 1 kompl. Bett, 1 großen Spiegel, 1 Garderobenständer, 1 Bettschirm, 1 Grube, 1 Tafelwage rc.
Besichtigung von 8 Uhr ab.
Hermann Friedrich, als vereid. Verteigerer, Wüchererstr. 70.

Pianos | Grösstes Lager der Provinz! Zehnjährige Garantie!

Harmoniums

Nur anerkannt gediegenes Fabrikat zu mässigen Preisen.

Flügel

Gebrauchte Instrumente, unter voller Garantie, stets am Lager.

C. Rich. Ritter, Grossh. Sächs. Hof-Pianoforte-Fabrik, **Halle a. S.**

Unserer heutigen Stadt- und Vorort-Auflage liegt eine Broschüre mit dem Titel: **Ein Trost etc.** bei, worauf wir unsere geehrten Leser besonders aufmerksam machen.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Fritz König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030303028/fragment/page=0004